

Keine Entschuldigung? Keine Entschädigung?

Im Rahmen der UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus sind Reparationen zum allerersten Mal auf internationaler staatlicher Ebene zum Thema geworden. Und diesmal steht Afrika im Zentrum.

Damit hatten die Industriestaaten wohl nicht gerechnet, als sie 1997 in der UNO-Generalversammlung für die Abhaltung einer «Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Intoleranz» stimmten: dass die Forderung nach Reparationen diese Konferenz dominieren würde. Im Westen denkt man beim Thema Rassismus an Attacken auf AusländerInnen, Übergriffe auf Asylsuchende, rechtsextreme Propaganda im Internet – an die Gegenwart. Den afrikanischen Staaten, Lateinamerika, der Karibik hingegen geht es um die Vergangenheit, um die massiven, institutionalisierten Menschenrechtsverletzungen der Sklaverei, des Sklavenhandels, des Kolonialismus und der Apartheid. Sie verlangen, dass diese als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» anerkannt werden. Sie fordern eine Entschuldigung – und Entschädigung. Reparationen sind somit zum allerersten Mal auf internationaler, staatlicher Ebene zum Thema geworden.

«Der Norden sagt: ‚Wir haben dieses Unrecht nicht begangen, es geschah nicht während unserer Zeit‘», bringt Pitso Montwedi, Leiter der südafrikanischen Verhandlungsdelegation der Weltkonferenz, die Debatte auf den Punkt. «Wir aber sagen: ‚Ja, aber es definiert unsere Beziehungen bis heute.‘ Es gibt Leute, die jetzt offen sagen, dass der Norden sich auf Kosten des Südens bereichert hat, indem er uns kolonisierte, unsere Bodenschätze raubte – und unsere Menschen. Und dass wir jetzt an einem Punkt angelangt sind, an dem die Industriestaaten sich nochmals damit auseinandersetzen und dem Süden Freundschaft und Hilfe anbieten müssen, damit wir dieses Kapitel endlich abschliessen und uns der Zukunft widmen können.»

Bislang haben die Adressaten diese Forderungen, die auch von NGOs gestellt werden, ignoriert – an der Weltkonferenz werden sie direkt damit konfrontiert. Die Industriestaaten setzen alles daran, das Thema aus der Traktandenliste zu streichen, die USA drohten, die Konferenz zu boykottieren, und hinter verschlossenen Türen – dort, wo die Machtverhältnisse nach wie vor die alten sind – wird massiver Druck auf die ehemaligen Kolonien ausgeübt. Denn dass die Entwicklungsländer in der Forderung nach Entschädigung weitgehend zusammenhalten, löst bei den VertreterInnen der Industrieländer Nervosität aus.

Während der Vorverhandlungen in Genf wurde wochenlang um Paragraphen und Formulierungen der politischen Erklärung und des Aktionsprogramms gerungen, die in Durban verabschiedet werden sollen. Über Nichtigkeiten stritten die Diplomaten, um nicht bis zu den wirklich heissen Punkten vorstossen zu müssen. Denn die sind offenbar bedrohlich für die Industriestaaten. Im Entwurf für das Aktionsprogramm stand Anfang August unter dem Abschnitt «Abhilfsmassnahmen, Reparationen, Kompensation», dass

von den Staaten, die in die Sklaverei, den Sklavenhandel, den Kolonialismus und die Apartheid involviert waren und materiell davon profitierten, folgende Massnahmen verlangt werden, «um wenigstens einen Teil der verursachten Schäden wiedergutzumachen»:

- Die Schaffung eines internationalen Entschädigungsprogramms für die Opfer, um deren Recht auf Reparationen zu erfüllen
- Die Schaffung eines Entwicklungs-Reparations-Fonds für die Länder, die von diesem Unrecht direkt betroffen waren. An beiden Fonds soll sich auch der private Sektor beteiligen - diejenigen, die direkt oder indirekt von diesen rassistischen Systemen profitierten
- Einen verbesserten Zugang für Produkte der ehemaligen Kolonien auf dem Weltmarkt
- Die Rückerstattung der gestohlenen Kulturgüter
- Ein systematisches Programm zur Reform der wichtigsten multilateralen Organisationen, damit sich die Entwicklungsländer gleichberechtigt an deren Entscheidungsprozessen beteiligen können

Die USA und die EU sind nach Abschluss der Vorverhandlungen bereit, Sklaverei, Kolonialismus und Apartheid zu verurteilen – aber nicht als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit». Eine Entschuldigung verweigern sie, da diese ihrer Ansicht nach einem Schuldeingeständnis gleichkommen und Entschädigungsklagen nach sich ziehen würde. Die afrikanischen Staaten sind darüber sehr enttäuscht, hatten sie doch sogar den Kompromiss angeboten, die Entschuldigung kollektiv, im Namen der Konferenz, auszusprechen. «Ohne diese Entschuldigung ist kein Heilungsprozess möglich», sagt der Südafrikaner Pitso Montwedi. «Sie ist für uns zentral, damit wir die Vergangenheit hinter uns lassen können.» Auch von Reparationen wollen die Industriestaaten nichts hören, sie verlangen, dass die Begriffe Entschädigung oder Reparationen weder in der Erklärung noch im Aktionsprogramm stehen. Ob man sich auf einen anderen Wortlaut oder auf verstärkte finanzielle Unterstützung im Rahmen der von den afrikanischen Staaten initiierten «New Africa Initiative» (einem Armutsbekämpfungs- und Entwicklungsprogramm) einigen kann, bleibt offen.

Selbst wenn es die Industrieländer schaffen, das Thema Reparationen in Durban nochmals auszuklammern – es steht auf der internationalen Traktandenliste und wird nicht wieder verschwinden.

Martina Egli